Lederwaren Bernhard Schäfer 7 Prager Strasse 7.

Was Rußland gegenüber geschieht, ist schlimmer als Bauchrutschen; dabei ist Rußland ein Barbarenstaat, wie die Bestialitäten in Kischinew bewiesen. (Bravo links.) — Reichskanzler Graf Bülow: Ich überlasse dem Kriegsminister, die Angriffe auf die Organisation des Heeres zurückzuweisen. Der Drill soll nicht Selbstzweck sein, aber als Mittel zum Zweck hat er große Erfolge erzielt. Daß im Ernstfalle die Reiterei, auf die es Bebel ganz besonders abgesehen hat, eine große Rolle spielen wird, ist Ansicht der ersten Autoritäten. Herr Dr. Schädler hat gestern Mißhandlungen zur Sprache gebracht. Wir sind bemüht, solche Brutalitäten auszurotten und allen Beschwerden abzuhelfen. Die Kritik ist an sich berechtigt; es gibt aber auch eine Kritik, die nur Agitationsstoff sucht. (Beifall rechts.) Die sozialdemokratische Kritik sucht stets, wo sich einzelne Mißgriffe finden, diese zu verallgemeinern. Als ob es nicht auch bei ihnen räudige Schafe gäbe! (Lebhafter Beifall.) Mißgriffe, auch brutale, kommen überall vor; aber ich konstatiere, daß solche Erscheinungen bei uns von Jahr zu Jahr abnehmen. Wo solche Infamien vorkommen, müssen und sollen sie auf das strengste bestraft werden. (Rufe links: Stubenarrest!) Für einzelne seiner ungeratenen Kinder möge man doch nicht das ganze Offizierkorps verantwortlich machen! Nun zur auswärtigen Politik! Zunächst Ostasien. Bebel wirft uns vor, einerseits, daß wir zu aggressiv in unserer Politik seien, andererseits, daß wir in bezug auf die Mandschurei zu zurückhaltend seien. Welcher Widerspruch liegt darin! Ich bin jedenfalls überzeugt, daß wir dort in Konflikte nicht werden verwickelt werden. Meinem tiefen Bedauern muß ich Ausdruck geben über die Art, wie Bebel sich über Rußland geäußert hat. Durch diese zügellose Art und Weise (Unruhe links) werde ich mich jedenfalls nicht abhalten lassen, unsere Interessen auch in bezug auf Rußland so zu vertreten, wie ich es im Interesse Deutschlands für richtig halte. Was Amerika anlangt, so gibt es ja natürlich drüben so gut wie hier Leute, die unsere guten Verhältnisse zu den Vereinigten Staaten zu trüben suchen. Herr Vanderbilt ist nicht unterwürfig, sondern nur höflich aufgenommen worden. Was Herr Bebel über die Handelsverträge sagte, war nur geeignet, das Zustandekommen derselben zu erschweren. Wasserverkehrsabgaben betreffend, so liegt dem Bundesrate kein derartiger Antrag vor, der ihn veranlassen könnte, von den bestehenden allgemeinen Grundsätzen der Abgabenfreiheit Ausnahmen in Erwägung zu ziehen. Wenn ich mir wirklich einen Millerand zulegte, so würden diesem von keiner Seite mehr Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, als durch Herrn Bebel selber. Daran können wir angesichts der Vorgänge auf Ihrem Dresdner Parteitage nicht zweifeln. Die Regierung halte an der Fortführung der Sozialreform fest und werde nach wie vor bestrebt sein, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen, und die große Frage der Arbeitszeit zu lösen unter Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte. Wir hoffen, auch nach und nach andere wichtige Aufgaben zur Lösung zu bringen: für das nächste Jahrzehnt eine Witwen- und Waisenversicherung und später eine Arbeitslosenversicherung. Wir können aber diese Aufgaben nur lösen Schritt für Schritt, ohne dabei den Boden der Wirklichkeit zu verlieren. Das Auftreten der Sozialdemokratie erschwere nur ein Vorwärtsgehen auf diesem Gebiete durch übertriebene Forderungen und durch Verquickung der Arbeiterschutzbestrebungen mit antimonarchischen Tendenzen. Auch in Republiken wird mit Wasser gekocht; auch da hapert es oft mit der Sozialpolitik. Es gibt keine Republik, wo so viel Sozialpolitik, so viel für die Arbeiterklasse geschehen wäre, wie gerade bei uns. Die Steuerfrage anlangend, so ist in keinem Lande der Welt der Widerstand gegen direkte Steuern stärker, als in dem republikanischen Frankreich. Daran hat selbst Herr Millerand nichts ändern können. Herr Bebel verglich unsere heutigen Zustände mit denen zur Verfallzeit Roms; er sprach von Byzantinismus. Ich versichere Sie, der römische Senat zur Zeit des Kaisers Tiberius sah ganz anders aus, als dieses hohe Haus. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn damals so Caligula gesprochen hätte, wie heute Herr Bebel, es wäre ihm schlecht bekommen. (Erneute Heiterkeit.) Es gibt einen Byzantinismus nicht nur nach oben, sondern auch nach unten; es gibt nicht nur Fürstenschranzen, sondern auch Faustschranzen. (Heiterkeit.) Das sind die, die immer dem Volke schmeicheln, und so tun, als ob der Demos nie irren könne, und das sind gerade die schlimmsten. (Heiterkeit.) Herr Bebel sprach von Terrorismus der Arbeitgeber und forderte alle möglichen Freiheiten. Ich erwidere Ihnen: Wo herrscht weniger Freiheit als bei Ihnen? Keine Partei hat die Freiheit anderer weniger geachtet, als die Ihrige bei den Wahlen. (Unterbrechung links.) Ich habe Sie doch auch nicht unterbrochen, sondern ruhig angehört. Wir wollen doch beide Teile anständig miteinander diskutieren. Welche Tyrannei üben Sie aus auf Bauplätzen, Werkstätten, wie gehen Sie vor in den Krankenkassenverwaltungen! Wie steht es denn mit der Meinungsfreiheit bei Ihnen? (Stürmische Heiterkeit.) Sie reden vom dunklen Mittelalter. Niemals aber hat es einen Kongreß gegeben, wo mehr Unduldsamkeit herrschte, als auf Ihrem letzten Parteitage. Wie war es denn nach den Wahlen, als der Abgeordnete Bernstein Sehnsucht durchblicken ließ nach einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten? Da bekam er von Herrn Bebel einen Rüffel, wie ich ihn nicht einmal meinem jüngsten Beamten gegenüber in Anwendung bringen würde. (Stürmische Heiterkeit.) Fragen Sie doch die Herren, die hinter mir stehen! (Erneute Heiterkeit.) Reden Sie nur nicht von Freiheit: „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag' ich dir den Schädel ein!" (Stürmische Heiterkeit.) Sollte ich Ihnen ein Zeugnis ausstellen, so müßte es lauten: „Kritik, Agitation, Disziplin, Opferfreudigkeit Ia; positive Leistungen, Klarheit des Programms Vb." (Stürmische Heiterkeit.) Der Reichskanzler hält den Sozialdemokraten dann in längeren, wiederholt Heiterkeit hervorrufenden Aeußerungen noch vor, daß die Sozialdemokratie doch endlich einmal ihr Zukunftsstaats-Programm kundgeben solle. Man wolle doch wissen, wie das von ihnen angekündigte Paradies aussehen werde, und was sie Positives vorbringen wollten. Sie, so fährt er fort, werden sich an dem gegenwärtigen Bau unserer Staats- und Gesellschafts-Ordnung nur die Köpfe einrennen, denn dieser Bau ist stärker, als Sie glauben. Ihr Zukunftsstaat ist nur möglich bei einem Altruismus, einer allgemeinen Bruderliebe, wie sie noch niemals gefunden worden ist, nur möglich, wenn die Menschen Engel sind. Bilden Sie sich ein, Engel zu sein? Sie wären mir nette Engel! (Stürmische Heiterkeit.) Was haben wir in Dresden statt humaner Symphonie für eine Kakophonie erlebt. (Erneute Heiterkeit.) Und wie denkt Herr Bebel sich die Leitung der auswärtigen Politik? Wen hat er dafür ins Auge gefaßt? Wie denken Sie sich das Verhältnis zu Rußland? (Heiterkeit.) Glauben Sie, daß wir ein so mächtiges Reich von 120 Millionen ignorieren dürfen? Sie schreiben in ihrer Presse vom Abscheu des deutschen Volkes gegen Rußland. Ich glaube, es entspricht dem wohlverstandenen Interesse Deutschlands besser, wenn wir ein friedliches Verhältnis zu Rußland erhalten. Das größte Pech für Sie wäre, wenn Sie durch ein Wunder plötzlich an die Macht kämen; denn Ihre ganze Impotenz würde sich dann in bengalischer Beleuchtung zeigen! Freilich wäre das auch für uns das größte Pech; denn Sie sind groß nur im Zerstören. Wir werden jedenfalls die bestehende Ordnung der Dinge mit Festigkeit zu verteidigen wissen. Alle Versuche, an die Stelle einer organischen gesetzlichen Fortentwicklung eine widerrechtliche, gewaltsame Organisation zu setzen, werden, dessen bin ich gewiß, scheitern an dem gesunden Sinne des Volkes, das sich selbst aufgäbe, wenn es Ihnen folgen würde. (Lebhafter Beifall.) — Sächsischer Bevollmächtigter Geheimrat Fischer: Ich muß Herrn Bebel sofort antworten, da ich dazu provoziert worden bin. Während seiner Rede rief man mir zu: „Kommis der Unternehmer! Darauf antwortete ich sofort mit dem allerdings unparlamentarischen Worte: „Unverschämtheit!" Man rief mir auch zu, ich würde nicht wagen, die Behörde in Crimmitschau in Schutz zu nehmen. Gestern hätte ich das auch nicht gewagt, denn es lag mir noch kein Material vor; inzwischen ist dieses mir zugegangen. Redner legt dann aufgrund dieses Materials dar, daß, soweit er dasselbe bisher flüchtig habe durchsehen können, jedenfalls Ausschreitungen der Streikenden in Crimmitschau vorgekommen seien. Daneben sei es allerdings zu kleinen Ausschreitungen der Unternehmer gekommen. Redner weist die Angriffe auf die sächsische Regierung und die sächsischen Behörden unter eingehender Darlegung des Sachverhalts zurück. — Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (kons.) erklärt sich für seine Person mit der lex Stengel einverstanden. In seiner Partei seien die Ansichten darüber geteilt; namentlich bestünden Bedenken gegen die Steigerung der Matrikularbeiträge. Weiter führte er aus: Seine Freunde hätten die Empfindung, daß die Handelsvertragsverhandlungen stocken und nicht von der Stelle kommen. Wenn die fremden Unterhändler auf unsere bescheidenen Forderungen nicht eingehen wollen, dann bleibe nur die ultimo ratio; die Verträge zu kündigen. Bei den jetzigen Zöllen könne die Landwirtschaft nicht bestehen. Zur Balancierung des Etats wünsche die Mehrheit seiner Freunde eine Erhöhung der Matrikularbeiträge zu Gunsten einer Herabsetzung der Zuschußanleihe. Die Erhöhung der Oberstleutnantsgehälter sei äußerst notwendig. Die Mißhandlungen in der Armee würden auch von seiner Seite mißbilligt. (Beifall.) Von sozialdemokratischer Seite wird noch erklärt, daß der vom Geheimrat Fischer erwähnte Zuruf diesem nicht gegolten habe, worauf Geheimrat Fischer seine bezügliche Bemerkung zurücknimmt. — Schluß 6 Uhr. — Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat überwies in seiner heutigen Sitzung den Antrag Preußens, betr. Entwürfe von Militärpensions- und Versorgungsgesetzen (erster Teil: Reichsheer) den Ausschüssen, ebenso die Vorlage, betreffend den Bezug von Invaliden- und Unfallrenten in ausländischen Grenzgebieten. Die Vorlage, betreffend Vereinbarung mit Schweden über die Stadt und die Herrschaft Wismar und die Aemter Poel und Neukloster nebst Zubehör wurde zur Kenntnis genommen. Die Zustimmung wurde erteilt dem Ausschußantrage, betr. die Abänderung der Anführung unter V alin. 5 des dem Gesetze, betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 anliegenden Verzeichnisses, dem Ausschußantrage zum Entwurfe von Bestimmungen über die Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 12 und 13, Absatz 1 des Gesetzes, betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 und dem Ausschußberichte über die Vorlage vom 20. November dieses Jahres, betr. die Feststellung des Brennsteuervergütungssatzes.

Berlin. (Priv.-Tel.) Es erhielten das Ritterkreuz 1. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens der Stallmeister v. Harlem beim Königl. Marstall, das Sächsische Albrechtskreuz der Kammerdiener Ferdinand beim Hofstaate des Prinzen Albrecht von Preußen, das Sächsische Allgemeine Ehrenzeichen der Kammerlakai Behrends beim Hofstaate des Prinzen Albrecht von Preußen. — Gegen eine Dame der Berliner Lebewelt ist ein Strafverfahren wegen Erpressung Offizieren gegenüber eingeleitet worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eine Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee ist dem Reichstage zugegangen. Darnach hat diese Entwicklung auch im Betriebsjahre 1902/03 unverkennbare Fortschritte gemacht. Das Tempo der erzielten Fortschritte ist jedoch im ganzen ein langsameres als es wünschenswert und erreichbar erscheint, da es noch immer an leistungsfähigen und billigen Verkehrsmitteln in größerem Maßstabe fehlt. Zur Zeit sind nur solche Fortschritte möglich, die sich einerseits durch die strengste Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, andererseits durch die möglichste Beförderung der Produktion auf dem verhältnismäßig kleinen, an den Weltverkehr angeschlossenen Bruchteil unseres Kolonialbesitzes erzielen lassen. Die wichtigste Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erschließungspolitik großen Stils, Friede und Ordnung, erscheint nach den Erfahrungen des Berichtsjahres in den Schutzgebieten in ausreichendem Maße gesichert.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Behauptung eines süddeutschen Blattes, daß man in Regierungskreisen wegen der Neugestaltung der Kolonialvorlage in nicht geringer Sorge sei, wird hier als unzutreffend bezeichnet. Es schweben Besprechungen mit Führern der Mehrheitsparteien, und das bisherige Ergebnis dieser Verhandlungen berechtigt zu der Annahme, daß eine Verständigung, die unbeschadet der Zweckbestimmung des Kolonialprojekts die Zustimmung der Reichstagsmehrheit finden würde, sehr bald erzielt sein dürfte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler Graf von Bülow beabsichtigt, am nächsten Sonntag die Abordnung der christlichen und nationalen Arbeiterverbände zu empfangen. — Der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrags ist, neuen Meldungen zufolge, vor 1905 nicht zu erwarten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der bekannte Fall Breidenbach erfuhr heute vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Infanterie-Division sein Nachspiel. Leutnant Joachim v. Hellermann war beschuldigt, es dem Unteroffizier Breidenbach gegenüber an der erforderlichen Aufsicht habe fehlen lassen. Außerdem werden ihm noch mehrere Fälle von Mißhandlung und unvorschriftsmäßiger Behandlung von Untergebenen vorgeworfen. Außer Leutnant v. Hellermann nimmt noch Unteroffizier Schmelz auf der Anklagebank Platz. Der Staatsanwalt beantragt gegen Leutnant v. Hellermann eine Gesamtstrafe von 6 Wochen Stubenarrest, und gegen den Unteroffizier Schmelz 14 Tage Kasernenarrest. — In der Christenburger Straße warf heute früh die 24jährige Frau des Postboten Leuendorf ihr 3 Wochen altes Kind aus dem Flurfenster des 4. Stockwerks des Quergebäudes auf den Hof hinab und sprang dann selbst nach. Der Tod trat bei beiden sofort ein. Die Tat soll aus Verzweiflung über eine Krankheit des Kindes geschehen sein.

Frankfurt a. M. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Konstantinopel: Der Vorschlag, zum Oberkommandanten für die makedonische Gendarmerie einen Italiener zu ernennen, findet die Billigung sämtlicher Großmächte. Italien wird in den nächsten Tagen seinen Kandidaten namhaft machen. Der Oberkommandant erhält bekanntlich einen österreichisch-ungarischen und einen russischen Gehilfen. England verlangt nun für sich ebenfalls das Recht, einen Adjutanten zu stellen.

Köln. Gelegentlich der gestrigen Gewerbegerichtswahlen kam es in Köln-Deutz, als abends plötzlich Hunderte von Wählern zur Wahl erschienen, zu tumultuarischen Szenen. Die Menge stürmte das Wahlbureau, sodaß der Wahlakt geschlossen und ein neuer Wahltermin festgesetzt werden mußte. Mehrere Personen trugen Verletzungen davon. Auch in anderen Wahllokalen kam es zu ähnlichen stürmischen Szenen.

Danzig. (Priv.-Tel.) Der Domänenpächter Falkenhagen, der wegen Duells, in dem er den Landrat v. Bennigsen erschoß, in der Festung Weichselmünde eine 6jährige Festungshaft absolviert, stand gestern mittag vor dem Schöffengericht in Danzig wegen Beleidigung und Bedrohung des Wachtkommandos der Festung. Behufs Vernehmung weiterer Zeugen wurde die Verhandlung vertagt.

Emden. Die hiesige Neptun-Fischerei-Gesellschaft gibt in einer Todesanzeige bekannt, daß kein Zweifel mehr darüber herrsche, daß der Logger „Klara" mit seiner ganzen Besatzung, bestehend aus 14 Personen, während des Orkans am 21. November in der Nordsee untergegangen ist. Sechs Mann der Besatzung, unter ihnen der Kapitän, waren aus Nienbruegge in Schaumburg-Lippe.

München. (Priv.-Tel.) In der Kammer der Reichsräte verteidigte sich heute Graf Crailsheim gegen die in der Generaldebatte gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Ueber seinen Rücktritt könne er nur sagen, daß er das Gefühl gehabt habe, seine Uhr sei abgelaufen gewesen; er mußte einer neuen Strömung weichen. Die Affäre Landmann habe er nicht verhindern können. Es sei sein eifrigstes Bestreben gewesen, die Beziehungen zum Reiche unter Wahrung des föderativen Charakters zu pflegen, um die bayrischen Reservatrechte zu wahren. Er habe dies erreicht, insbesondere durch eine sorgfältige Pflege guter Beziehungen zu Preußen. Er könne der bayrischen Politik nur dringend widerraten, jemals andere Bahnen zu beschreiten, und eine Tendenz auf Majorisierung Preußens im Bundesrate zu richten.

Stuttgart. Heute schließen die Beratungen der europäischen Fahrplankonferenz. Gestern abend fand ein Festmahl statt, bei dem die Staatsoberhäupter der Teilnehmer der Konferenz als Beschützer des Friedens gefeiert wurden. Die Haupterfolge der Konferenz sind erhebliche Verbesserungen der Verbindungen von ganz Deutschland mit dem Engadin.

Wien. Dem „Fremdenbl." zufolge, hat die österreich-ungarische Regierung die neue Republik Panama anerkannt.

Olmütz. An die Kommandanten der deutschen Regimenter des 2. Armeekorps gelangte ein Reservatbefehl mit der Anweisung, binnen kurzem tschechische Unterrichtskurse für Offiziere einzurichten und das Avancement von der vollständigen Kenntnis der Sprache abhängig zu machen.

Preßburg. Feldmarschall-Leutnant Prinz Lamoral-Turn-Taxis, Inhaber des 9. Husaren-Regiments, ist gestorben.

Paris. Das Finanzministerium schätzt das Erträgnis der diesjährigen Weinernte in Frankreich auf 35.5 Millionen Hektoliter, was gegen die vorjährige Ernte ein Minus von 4½ Millionen betragen würde. Das Erträgnis der Weinernte in Algerien wird auf 6.5 Millionen Hektoliter geschätzt.

Paris. (Priv.-Tel.) Die Stadt Timbuktu ist von den Tuaregs stark bedroht. General Perret soll das Kommando der zum Entsatze der Garnison dorthin abgehenden Truppen übernehmen. — Bei der gestrigen Abreise der englischen Parlamentarier aus Lyon erschollen auf dem Bahnhofe Hochrufe auf die Buren. Die Polizei mußte einschreiten und die Kundgeber vom Bahnhofe weisen. — In Lyon feiern 10000 Färber. Die Arbeitgeber haben freiwillig 130 Fabriken geschlossen.

Kopenhagen. Der am 7. Oktober wegen Fälschung von Zehnkronenscheinen in Klampenborg verhaftete Lithograph Braich wurde heute zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Hauptmithelfer erhielten Strafen von 5 Jahren Zuchthaus.

London. (Priv.-Tel.) Der hiesige japanische Gesandte versicherte gestern einem Vertreter der „Daily News", von einem Kriege zwischen Japan und Rußland könne keine Rede sein. Japan begehre keine Gebietsausdehnung, dürfte nicht nach Kriegsruhm, sondern wünsche lediglich Handelsfreiheit. — Dem „Daily Expreß" zufolge werden eine Anzahl britischer Offiziere nach Japan entsandt, um die japanische Sprache zu studieren und zu diesem Zweck in die japanische Armee und Marine eingestellt. Japan seinerseits sende eine Anzahl Offiziere nach England, die dort in gleicher Weise ausgebildet werden.

London. (Priv.-Tel.) Aus Bogota wird berichtet, daß 10000 Mann zum Vormarsch gegen Panama konzentriert sind.

Newyork. Freiherr Speck v. Sternburg läßt durch die „Associated Preß" dem amerikanischen Volke mitteilen, Kaiser Wilhelm sei tief gerührt von den vielen aufrichtigen Beweisen von Sympathie anläßlich seiner Operation.

Aden. Hier verlautet gerüchtweise, die im englischen Heere dienenden Somalileute hätten sich empört und sich der Armee des tollen Mullah angeschlossen.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 217.80. Diskonto 198.60. Dresdner Bank 160.10. Staatsbahn 147.—. Lombarden 17.85. Laurahütte —.—. Ungar. Gold —.—. Portugiesen —.—. Türkenlose —.—. Schwächer.

Wien. (5 Uhr nachmittag.) Rente 98,30½. Italiener 104 12½. Sparer 89.20. Neue Portugiesen 65.35. Türken (unific. Anleihe) 89.35. Türkenlose 124.50. Ottomanbank 603. . Staatsbahn 750.— Lombarden .— Träge.

Berlin. Produktenmarkt. Weizen per Dezember 20.45, per März-Juni 20.75. Roggen per Dezember 47.50, per Mai-August 41.25, ruhig. Rüböl per Dezember 53.50, per Mai-August 53.50, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Dezbr. —.—, per März —.—. Roggen per Dezember —.—, per März —.—. Geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König und Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde besuchten heute das Kronleuchtergeschäft von Ebeling u. Croener, Königl. Hoflieferanten, Prager Straße 28, und das Galanterie- und Spielwarenhaus des Königl. Hoflieferanten B. A. Müller und machten Einkäufe. Das letztere Geschäft besuchten auch Ihre Königl. Hoheiten Prinz und Prinzessin Johann Georg.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg empfing gestern mittag 12 Uhr den österreichisch-ungarischen Gesandten Wlics v. Lászlófalva, welcher dem Prinzen das Oberstinhaber-Patent des ihm durch den Kaiser Franz Joseph verliehenen österreichisch-ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 11 überbrachte.

— Die Prinzessinnen Karl zu Bentheim-Klipphausen und Heinrich XV. Reuß trafen hier ein und nahmen wieder im Kaiser Wilhelm-Hotel Wohnung. Sie besuchten u. a. auch den Damen-Frisier-Salon der Hofparfümerie Emil Süß, Prager Straße 20.

— Herr Dr. med. Levy in Chemnitz teilt dem „Chemn. Tgbl." mit, daß er nur einige Tage nach Berlin verreist gewesen sei und sich wieder in Chemnitz befinde; von einer gegen ihn eingeleiteten Untersuchung sei ihm nichts bekannt.

— Arthur Teixeira de Macedo ist zum Brasilianischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitze in Hamburg ernannt worden.

— Landtagsverhandlungen. Erste Kammer. Nach den üblichen Vorträgen aus der Registrande und den Beschlüssen auf die Eingänge trat heute die Kammer in die Beschlußfassung über den Antrag der zweiten Deputation, einen Gesetzentwurf die vorläufige Erhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1904 betreffend, ein. (Königl. Dekret Nr. 16.) Hierzu erstattete der Vizepräsident Oberbürgermeister Beutler den mündlichen Bericht: Der Gesetzentwurf weiche gegen die früheren Jahre insofern etwas ab, als man anzweifeln könne, ob die Einkommensteuer (Normalsteuer), die in der nächsten Finanzperiode 1904/05 zum erstenmale erhoben werde, eine Forterhebung bedeute. Indessen sei dagegen kein Einwand erhoben worden. Auch dem Beschlusse der Zweiten Kammer, „daß die endgültige Bestimmung über die Erhebung dieser Steuern und Abgaben auch hinsichtlich des Jahres 1904 dem für die Finanzperiode 1904/05 zu erlassenden Finanzgesetze vorbehalten bleiben und daß in letzterem insbesondere darüber definitive Bestimmungen getroffen werden soll, ob die Einkommensteuer mit den vollen gesetzlichen Beträgen (Normalsteuer) oder nur mit einem in Zehnteilen auszudrückenden Bruchteile derselben zu erheben ist", sei die zweite Deputation zur Beruhigung ängstlicher Gemüter beigetreten. Er bitte deshalb um Annahme des vorliegenden Antrags, wolle aber hinzufügen, daß die Deputation die allgemeine Hoffnung, als würden im Jahre 1904 geringere Beiträge als für die Normalsteuern vorgesehen seien, erhoben werden können, nicht teile. Habe doch das Jahr 1902 mit 9 bezw. 7 Millionen Mark Defizit schlecht abgeschlossen. Die Kammer tritt den Ausführungen des Referenten debattelos bei und beschließt in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer für 1904 die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer (Normalsteuer), der Grundsteuer nach vier Pfennigen von jeder Steuereinheit, der Ergänzungssteuer, der Steuer von Gewerbebetrieben im Umherziehen, der Schlachtsteuer, ingleichen der Uebergangsabgabe von vereinsländischem und die Verbrauchsabgabe von vereinsausländischem Fleischwerke, der Erbschaftssteuer und des Urkundenstempels. — Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. Dezember, mittags 12 Uhr.

Die Zweite Kammer verhandelte gestern über die Interpellation des Abg. Dr. Kühlmorgen: „Die durch die Presse gegangenen Mitteilungen über das Eisenbahnunglück am 24. Juli d. J. auf dem Haltepunkte Buchholz und über den Eisenbahnunfall der Rothenkirchen am 16. August d. J. haben vielfach die Anschauung erweckt, als ob die Einrichtungen auf dem Haltepunkte Buchholz und auf der Eisenbahnstrecke bei Rothenkirchen ungenügend seien und infolgedessen eine gewisse Mitschuld an den Unglücksfällen die Staatsbahnverwaltung treffe. Ist die Königl. Staatsregierung in der Lage, hierüber einwandfreie, sachverständige Auskunft zu erteilen?" Die Tribünen sind sehr gut besetzt. — Nachdem Finanzminister Dr. Rüger sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält das Wort zur Begründung der Interpellation Abg. Dr. Kühlmorgen: Seit dem schrecklichen Unglück im Jahre 1895 bei Oderan und dem Unfall in der Nähe von Pirna im Jahre 1899 sei Sachsen trotz der Dichtigkeit seines Eisenbahnnetzes und trotz der Lebhaftigkeit des Verkehrs von größeren Eisenbahnunfällen bis in die neueste Zeit verschont geblieben. Das sei in der Hauptsache der Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit unserer Eisenbahnbetriebsbeamten und der Umsicht unserer Verwaltung zu verdanken, und es bestehe die Zuversicht, daß auch in Zukunft die sächsischen Betriebsbeamten und die Verwaltung alles aufbieten werden, was im menschlichen Vermögen stehe, um unseren Eisenbahnreisenden Leben und Sicherheit tunlichst zu garantieren und diejenigen, die ihr Hab und Gut unserer Eisenbahn zur Beförderung anvertrauen, möglichst vor Schaden bewahrt werden. Er sei der Anschauung, daß unsere Eisenbahnen auch in bezug auf Betriebssicherheit völlig auf der Höhe der Zeit stehen und den Vergleich mit anderen Betriebsunternehmungen in und außerhalb Deutschlands in keiner Weise zu scheuen brauchten. Trotz alledem seien in diesem Jahre in kurzer Aufeinanderfolge zwei große Betriebsunfälle vorgekommen, die eine Anzahl von Menschenleben erforderten und bei denen eine noch größere Anzahl von Reisenden Schädigungen an ihrer Gesundheit erlitten. Redner gibt dann eine große Anzahl Zeitungsmeldungen wieder, aus denen er vor allen Dingen die Stellen hervorhebt, in welchen der Stationsschreiber Reinhardt, der das Eisenbahnunglück bei Buchholz vom 24. Juli verschuldete, bedauert und als ein Opfer der unzulänglichen betriebstechnischen Einrichtungen hingestellt wird. Auf diese Zeitungsstimmen habe die Verwaltung zwar eine amtliche Erklärung erlassen, um die Fälschungen, die in der Presse über das Unglück zum Ausdruck gelangt waren, richtig zu stellen. Auf diese sachliche Darstellung seien aber Entgegnungen erfolgt, die im Gegensatz zu den offiziellen Auslassungen die früheren Behauptungen aufrecht erhielten. Der Stationsschreiber Reinhardt sei dann vom Landgericht Chemnitz zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auch mit diesem Urteil habe sich die Presse vielfach beschäftigt und nicht überall habe man das Urteil für richtig gehalten; man meinte immer wieder, daß die Staatsbahnverwaltung mindestens eine Mitschuld treffe. Gegen verschiedene sozialdemokratische Blätter sei daraufhin durch die Generaldirektion der Staatsbahnen Strafantrag gestellt worden, und vor kurzem habe auch in Dresden in dieser Strafsache eine Verhandlung stattgefunden. Man sei da verwunderlicherweise auf eine Vertagung der Verhandlung ge-